

**17
78**

Union in Deutschland

Bonn, den 27. April 1978

Wieder gab es falsche Signale

Das Frühjahrsgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat eine endgültige und überzeugende Bestätigung dafür gebracht, daß die von der Bundesregierung noch vor drei Monaten für 1978 angegebenen Wachstums- und Beschäftigungsziele nicht erreicht werden, stellt der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, fest:

Wie in den Vorjahren wurden wieder einmal falsche Erwartungen geweckt. Bundeskanzler Schmidt und Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff tragen damit die Verantwortung, daß der Öffentlichkeit und vor allem den Sozialpartnern erneut falsche Signale gegeben wurden.

Das Gutachten gibt mit guten Gründen wichtige Hinweise für die dringend notwendige Neuorientierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Einen wesentlichen Bestandteil der Neuorientierung sieht die Union in Übereinstimmung mit den Instituten in der bislang vermißten gestaltenden Stetigkeit der Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Investoren brauchen für ihre langfristigen Planungen einen verlässlichen Datenrahmen.

Weiter auf Seite 2

■ EDU-KONGRESS

Parteien der Mitte in Europa schließen sich zusammen. Seite 5

■ CDU

Familienpolitik und Terrorismus standen im Mittelpunkt der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Bad-Harzburg. Seite 7

■ BÜROKRATIE

Über 300 Wissenschaftler und Politiker diskutierten im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Seite 11

■ CDU-BREMEN

Ein Regierungswechsel an der Weser ist keine Utopie. Bericht vom Landesparteitag der CDU in Bremen. Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Wieder eine Fülle von Ideen, Taten und Aktionen der CDU-Verbände. Seite 14

■ DOKUMENTATION

Der Generationenvertrag muß schon jetzt langfristig gesichert werden. (Rentenpolitik) grüner Teil

■ UiD-EXTRA

Die panische Angst vor dem Machtverlust. Zitate und Dokumente zur Diffamierungskampagne der SPD gegen die Union. gelber Teil

Fortsetzung von Seite 1

Wir benötigen ein überzeugendes Gesamtkonzept für die dringlichsten Aufgaben:

- Abbau investitionshemmender Vorschriften, vor allem der perfektionistischen Bundesgesetzgebung der letzten acht Jahre,
- verbesserte Rahmenbedingungen für Betriebsneugründungen und -erweiterungen,
- Abstimmung von Energie- und Umweltschutzpolitik auch in den entscheidenden Details der Richtlinien und Verordnungen. Es ist unverantwortlich, daß die in diesem Zusammenhang für den März angekündigte Abstimmung zwischen Innenminister Maihofer und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff auf den Herbst verschoben worden ist.

Das Gutachten bestätigt die Forderungen der Union, durch gezielte steuerliche Entlastungen die Investitionsfähigkeit der Betriebe zu steigern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Entlastungen dürfen nicht wieder nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. Die Union unterstreicht zugleich die Bedenken des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) gegen eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung.

Mit Recht wird in dem Gutachten beklagt, daß die anhaltend ungeklärte Lage der Sozialversicherung wesentlich zur Verunsicherung der Bevölkerung und der Wirtschaft beiträgt. Das Dilemma der Rentenversicherung dauert an. In der Arbeitslosenversicherung zeichnen sich gewaltige Fehlbeträge ab. Wichtige Probleme im Bereich der Kosten des Gesundheitswesens sind weiter ungelöst.

■ INFORMATION

Für ein neues Asylrecht

Um eine Neugestaltung des Asylverfahrens zu beschleunigen, hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht. Er sieht vor, daß im Verfahren der Asylgewährung das Widerspruchs- und das Berufungsverfahren abgeschafft werden sowie das Verwaltungsverfahren gestraft und beschleunigt wird. Eine Veränderung des Asylverfahrens ist seit längerer Zeit in der Diskussion. Sie ist hervorgerufen worden durch die außerordentliche Zunahme von Asylanträgen, die zu einer beträchtlichen Belastung insbesondere des Verwaltungsgerichts Ansbach — zuständig wegen des Sitzes des „Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ in Zirndorf — sowie der Sozialämter geführt hat, die während der Dauer des Asylverfahrens zur Unterstützung der Flüchtlinge verpflichtet sind. Dabei wird angenommen, daß ein Teil der Asylsuchenden nicht wegen möglicher politischer Verfolgung Antrag stellt, sondern diese Unterstützung ausnutzen möchte.

Eine Million ausländischer Kinder sozialgefährdet

Der Hauptausschuß der Frauenvereinigung der CDU hat gefordert, daß Gesellschaft und Staat endlich ihren Verpflichtungen gegenüber ausländischen Kindern und Jugendlichen nachkommen sollten. In der Bundesrepublik Deutschland leben zur Zeit rund 1 Million ausländischer Kinder und Jugendlicher, davon 15,25 Prozent aus EG-Staaten, rund 17 Prozent Spanier, Griechen, Portugiesen, 40 Prozent Türken und 12 Prozent Jugoslawen. Schon leben Hun-

dertausende Kinder der zweiten und dritten Generation ausländischer Arbeitnehmer unter uns — häufig in einer unerträglichen Lebenssituation: ohne Beherrschung ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache, ohne Schulabschluß, ohne berufliche Förderung und Ausbildung, ohne Eingliederung in sozialpädagogische Jugendarbeit. Sie stellen einen wachsenden Anteil an den jugendlichen Arbeitslosen. Der Hauptausschuß verabschiedete eine Resolution, in der er den Bundesvorstand der CDU, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die CDU-Landtagsfraktionen und die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU auffordert, sich vordringlich der Lösung dieser Probleme anzunehmen.

Bevölkerung lehnt Einheitsrezepte ab

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Kultusminister Hanna-Renate Laurien, begrüßt die gemeinsame Erklärung der Kultusminister zum „Strukturbericht“, sogenannten Mängelbericht, der Bundesregierung als einen Beleg wirksamer Zusammenarbeit, der den Kern der Kritik der Bundesregierung überzeugend widerlegt. Die gemeinsame Erklärung ist ein Rahmen, der föderale Selbstständigkeit und gegenseitige Abstimmung fördert.

Die CDU setzt sich in diesem Rahmen für ein Bildungswesen ein, das die Vielfalt menschlicher Fähigkeiten fördert, jedem seinen Weg eröffnet, nicht jedem den gleichen Weg zuweist. Die Debatte über die Lehrerbildung muß unter diesen Gesichtspunkten neu und am Schüler orientiert geführt werden. Die CDU hält den Stufenlehrer nicht für geeignet, den pädagogischen Belangen und unterschiedlichen Fähigkeiten der Kinder gerecht zu werden. Nach dem Ergebnis

des Volksbegehrens gegen die Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen ist deutlich, daß die Bevölkerung Einheitsrezepte ablehnt.

Bundesrat hat abgelehnt

Der Bundesrat hat am vergangenen Freitag in einer Stellungnahme zum Entwurf des 21. Rentenanpassungsge- setzes mit Mehrheit die Abweichung vom System der bruttolohnbezogenen Rentenanpassung abgelehnt. Auch in Zukunft müßten Versicherte und Rentner davon ausgehen können, daß die Renten nach der Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen berechnet und angepaßt würden. In Anbetracht der Finanzierungsschwierigkeiten sollte ein nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelter Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt werden. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf sei keine geeignete Grundlage für eine Regelung, die den berechtigten Belangen der Betroffenen Rechnung trage und die Rentenfinanzen in systemkonformer Weise auch nur mittelfristig konsolidiere.

DDR benutzt Transitwege zum Schmuggel

Über die Transitstrecken von West-Berlin werden große Mengen Alkohol und Zigaretten aus der DDR in die Bundesrepublik und andere EG-Länder geschmuggelt. Wie der CDU-MdB Kraske erklärte, ist dies der Bundesregierung bekannt. Sie habe es jedoch unterlassen, die DDR auf die Verletzung der Transitabmachungen anzusprechen und die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten. Von der Schmugglerorganisation seien für jeden Transport zwischen 90 000 und 100 000 amerikanische Dollar an Personen in der DDR gezahlt worden. Nach Unterlagen des

Zolls wurden seit 1969 insgesamt 1,28 Millionen Liter Alkohol von Ost nach West geschmuggelt.

Stiftung „Familie in Not“

Niedersachsen hat als erstes Bundesland eine gemeinnützige Stiftung „Familie in Not“ gegründet. Wie der Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung, der niedersächsische Sozialminister Herman Schnipkowitz (CDU) mitteilte, beträgt das Stiftungsvermögen zur Zeit eine Million Mark. Es stammt aus dem Aufkommen der niedersächsischen Spielbanken. Der Minister bezeichnete es als Stiftungszweck, unverschuldet in Not geratenen kinderreichen Familien zu helfen. Die Stiftung betrachte sich als „soziale Feuerwehr“.

Über 10 000 Unterschriften

Über 10 000 Bürger West-Berlins haben sich nach Angaben der CDU an einer Unterschriftensammlung der Partei für den inhaftierten Ostberliner Wehrdienstverweigerer Nico Hübner beteiligt. Die Unterschriftenlisten sollen den drei Westalliierten übergeben werden. Mit den Unterschriften werde von den Signatarstaaten des Viermächteabkommens, „insbesondere von der Sowjetunion“, die Durchsetzung des entmilitarisierten Status von ganz Berlin verlangt. Der 22jährige Nico Hübner hatte im März den Dienst mit der Waffe bei der Volksarmee unter Hinweis auf den von den drei Westmächten und der Sowjetunion vereinbarten entmilitarisierten Status von Groß-Berlin abgelehnt und war daraufhin verhaftet worden.

Neue Regeln für den Arbeitskampf

Der Vorsitzende der Sozialausschüsse der CDU, Norbert Blüm, hat die Tarifparteien zu dem Versuch aufgefordert,

zu einer neuen Vereinbarung über die Spielregeln des Tarifkampfes zu kommen. Blüm hat gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gesagt, es dürfe nicht einreißen, daß die Tarifparteien zu Beginn der Verhandlungen Positionen einnähmen, die weit von dem entfernt seien, was sie zu guter Letzt vereinbart. Auf diese Weise würden auf beiden Seiten Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden könnten. Dagegen sei eine rationellere Auseinandersetzung denkbar. Darüber müsse nun diskutiert werden. Es sei ein obrigkeitstaatliches Mißverständnis, immer sofort den Staat zu rufen.

Kai-Uwe von Hassel wurde 65 Jahre alt

Seit mehr als 30 Jahren dient Kai-Uwe von Hassel unserem Land und seinen Bürgern auf allen politischen Ebenen in wichtigen und wichtigsten Ämtern, stellte Helmut Kohl aus Anlaß des 65. Geburtstages, bei einem Empfang im Bonner Konrad-Adenauer-Haus, fest. Von 1954 bis 1963 war Kai-Uwe von Hassel erfolgreicher Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Das große Vertrauen und der ungewöhnliche Respekt, den er sich bei seinen Mitbürgern im nördlichsten Bundesland erwarb, veranlaßte Konrad Adenauer, ihn 1963 mit der verantwortungsvollen Aufgabe des Bundesministers der Verteidigung zu betrauen. Nach vier politisch schwierigen Jahren in diesem Ressort übernahm er 1966 das Vertriebenenministerium, ehe ihn der Deutsche Bundestag 1969 zu seinem Präsidenten wählte. Als Präsident der Union Europäischer Demokraten hat er heute große Verdienste, daß die europäische und internationale Zusammenarbeit der christlichen und konservativen Parteien immer mehr an Gestalt und Bedeutung gewinnt.

■ GRÜNDUNGS-KONGRESS DER EDU

Parteien der Mitte in Europa schließen sich zusammen

Mit dem „Familienfoto“, mit dem sich die Vorsitzenden und hochrangigen Vertreter von 18 christlich-demokratischen, konservativen und anderen verwandten Parteien der europäischen Mitte auf dem Balkon des Barockschlusses Klesheim am 24. April 1978 den Pressefotografen stellten, hat eine wichtige neue Phase der europäischen Parteienzusammenarbeit begonnen. Die Parteiführer hatten soeben die Europäische Demokratische Union, eine Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer, konservativer und anderer nicht-kollektivistischer Parteien gegründet und den Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, Dr. Josef Taus, für zwei Jahre zum Vorsitzenden der EDU gewählt.

Als Grundlage der künftigen gemeinsamen Arbeit wurde eine „Erklärung“ angenommen und von denjenigen Parteivorsitzenden unterschrieben, deren Parteien Gründungsmitglieder der EDU sein wollen.

Diese Erklärung bekräftigt die Grundsätze einer freiheitlichen Politik der Mitte in Europa und den Willen, aus der gemeinsamen Einstellung zur Rolle des Menschen in der Gesellschaft, zur Demokratie, zur Freiheit, zum Rechtsstaat und zur sozialen Solidarität zusammenzuarbeiten. In der Erklärung bekennen die Parteien sich weiter zur Ablehnung

des Klassenkampfs, zur Sozialen Marktwirtschaft und zu einer weltoffenen, auch zugunsten der 3. Welt wirksamen partnerschaftlichen Politik.

Die Europäische Demokratische Union will sich ständig über gemeinsam interessierende politische Probleme beraten, gemeinsame Stellungnahmen erarbeiten und sie der europäischen Öffentlichkeit vorstellen und wechselseitige solidarische Unterstützung bei der Lösung besonderer Probleme einzelner Länder praktizieren.

Die EDU wird mindestens einmal jährlich auf der Ebene der Parteivorsitzenden zusammenentreten und ihre Arbeit im übrigen in Unterausschüssen verrichten. In Klesheim wurden bereits Arbeitsausschüsse für die Probleme „Arbeitsplatzsicherung“, „Europäische Strukturfragen“, „Euro-Kommunismus“ und „Umwelt und Energie“ gegründet. Um die Orientierung auf gemeinsame Sacharbeit deutlich zu machen, wurde unmittelbar im Anschluß an den Gründungsakt die Arbeit am Thema Arbeitsplatzsicherung mit Erklärungen der Parteiführer zu diesem Thema aufgenommen.

Die CDU war durch Helmut Kohl, Heiner Geißler, Bundestagspräsident Karl Carstens und dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, vertreten. Für die CSU nahmen Franz Josef Strauß, Generalsekretär Tandler und Staatsminister Heubl teil. Die Delegation der britischen Konservativen

wurde von Margaret Thatcher geleitet, die der gaullistischen Partei, des Rassemblement pour la République, vom früheren Ministerpräsidenten Couve de Murville. An der Spitze der portugiesischen Delegation stand Professor Freitas do Amaral.

Außerdem nahmen teil die dänische Konservative Partei, die Nationale Sammlungspartei und die Schwedische Volkspartei aus Finnland, die Republikanische Partei aus Frankreich, die Nea Demokratia aus Griechenland, die Südtiroler Volkspartei und die Trentiner Tiroler Volkspartei aus Italien, die Nationalisten-Partei aus Malta, die Konservative Partei Norwegens, die Union des Demokratischen Zentrums aus Spanien, die Christliche Volkspartei der Schweiz, die Gemäßigte Sammlungspartei aus Schweden.

Bisher ferngeblieben sind in diesem Zusammenschluß der Mitte, teils aus innerpolitischen Erwägungen, teils aus traditionellen Vorbehalten gegenüber einer Zusammenarbeit mit „konservativen“ Parteien, die Democrazia Cristiana aus Italien, die Christlichen Demokraten aus Belgien und Holland.

Helmut Kohl legte in seiner Rede dar, daß gerade die CDU seit langem — gemeinsam mit der CSU — darauf hingewirkt habe, daß christliche Demokraten, Konservative und andere Kräfte der Mitte zu gemeinsamem Werk zusammengeführt werden müßten. An dieser Idee habe die CDU gemeinsam mit der CSU festgehalten. Deshalb sei der Tag von Klesheim ein festlicher, zukunftsweisender Anlaß. Gerade die nationalen Erfahrungen der CDU, die im Zusammenschluß zu einer breit angelegten Volkspartei die Zerstrittenheit und Sektiererei der politischen Mitte in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg überwunden habe, erfüllten ihn mit Zu-

versicht, daß sich auch unter den Bedingungen einer internationalen Parteienzusammenarbeit die Gemeinsamkeiten zwischen christlich-demokratischem, konservativem und liberalem Gedankengut herausstellten, so daß die Kräfte der Mitte zur bestimmenden politischen Kraft in Europa werden könnten.

Die Mitwirkung der CDU in der EDU beeinträchtige nicht die Loyalität zur Europäischen Volkspartei, der einzigen europäischen Parteienföderation, der die CDU angehöre und mit der sie den europäischen Wahlkampf bestreiten wollte. Helmut Kohl sprach die Hoffnung aus, daß die Vorbehalte derjenigen christlich-demokratischen Parteien, die trotz Einladung an der Gründungsfeier in Klesheim noch nicht teilgenommen hätten, in Zukunft schwinden würden, und daß auch diese Parteien über Bedenken gegen das Wort „konservativ“ hinaus auf die Gemeinsamkeiten in der Sache schauen würden. Es liege in der Logik des EDU-Konzepts, daß die Einladung gegenüber diesen christlich-demokratischen Parteien zur Mitarbeit in gegenseitiger Toleranz der Standpunkte immer wieder erneuert würde.

Abschließend betonte Helmut Kohl die Bedeutung konkreter und intensiver gemeinsamer Arbeit. Die Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte und Lösung im Dienste des europäischen Bürgers seien der Zweck, der den Zusammenschluß in der EDU rechtfertige. Deshalb messe er der klaren Definition von Arbeitsaufgaben unter Einsetzung entsprechender Arbeitsausschüsse große Bedeutung zu.

Die CDU beabsichtigt, noch im Jahre 1978 eine oder mehrere der EDU-Fachtagungen in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen.

■ FRAKTIONSVORSITZENDENKONFERENZ

Ehe und Familie besser schützen und stärker fördern

Familienpolitik und Probleme des Terrorismus standen im Mittelpunkt einer mehrtägigen Konferenz der CDU-Fraktionsvorsitzenden in Bad Harzburg. Zur Familien- und Jugendpolitik im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

① Die Bestandsaufnahme der künftigen Bevölkerungsentwicklung signalisiert erhebliche bevölkerungspolitische Probleme mit schwerwiegenden Folgen für die Gesamtentwicklung unseres Staatswesens in allen politischen Bereichen, insbesondere im Hinblick auf die Verwirklichung des Generationenvertrages in der Alterssicherung. Der anhaltende und im internationalen Vergleich beispiellose Geburtenrückgang muß auch als stiller Protest der Familie gegen die unzureichende Berücksichtigung ihrer ideellen und materiellen Anliegen gewertet werden. Solange Kinderreichtum für viele Familien materielle Armut oder sozialen Abstieg bedeutet, wird sich auch die bevölkerungspolitische Situation weiter verschlechtern.

② Das Verfassungsgebot des Artikels 6 Grundgesetz zu besonderem Schutz und besonderer Förderung von Ehe und Familie durch den Staat und die Verfassungswirklichkeit müssen wieder in Einklang gebracht werden. Die Notlage vieler Familien mit Kindern und die fortschreitende Auflösung der Familien-

struktur zwingen dazu, rasch und entschlossen zu handeln.

③ Die Bundesregierung hat bisher keine Konsequenzen aus der Erkenntnis dieser Tatsachen gezogen. Die Leistungen des Bundes für die Familie haben sogar im Vergleich zur Gesamtentwicklung der Sozialleistungen unterproportional zugenommen, obwohl die Notwendigkeit einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs in den letzten Jahren immens gestiegen ist.

Wo überhaupt verstärkte Leistungen des Bundes vorgesehen sind, wie z. B. im Bereich des Jugendhilfegesetzes, werden diese Gelder oft nur eingesetzt, um mit dirigistischen Maßnahmen von außen in die Familie einzugreifen. Diese Haltung der Bundesregierung dürfte sich vor allem daraus erklären, daß die Grundeinstellung der SPD zur Familie nicht mit derjenigen der CDU/CSU übereinstimmt, wie es bei dem derzeitigen Gesetzentwurf zur elterlichen Sorge deutlich wird.

④ Die Hauptverantwortung für die Familienpolitik liegt beim Bund. Erste Voraussetzung für eine optimale Familienpolitik ist, daß die hohe Arbeitslosigkeit abgebaut wird und wir wieder zu einer gesunden Finanz- und Steuerpolitik kommen. Arbeitslosigkeit und Geldentwertung treffen Familien mit Kindern besonders schwer.

Mit den nachfolgenden Maßnahmen muß sich die Politik eingehend ausein-

andersetzen und nach sorgfältiger Prüfung das Notwendige und Mögliche entschlossen parlamentarisch durchsetzen.

Überprüfung bestehender und familienfreundlichere Ausgestaltung künftiger Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungserlasse im Interesse des Abbaus familienfeindlicher Tendenzen. Anpassung und Verbesserung des Familienlastenausgleichs, der in seiner jetzigen Ausgestaltung einen immer geringeren Teil der für Kinder notwendigen Aufwendungen abdeckt. Insbesondere muß das Kindergeld, das auch in Zukunft einkommensunabhängig gewährt werden muß, vor allem bei Mehrkinderfamilien erhöht und der laufenden Einkommensentwicklung angepaßt werden, gleichzeitig muß auch die überproportionale Belastung der Familie durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge verringert werden. Die Minderung der Steuerlast kann dadurch geschehen, daß die für Familien mit Kindern besonders unsoziale Steuerprogression durch die Wiedereinführung von Freibeträgen für Kinder aufgefangen wird.

Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie. Dazu ist in besonderem Maße das Erziehungsgeld geeignet, das einem Elternteil gewährt wird, der sich der Erziehung der Kinder widmet und keiner Erwerbstätigkeit nachgeht.

Rentenrechtliche Absicherung der Erziehungs- und pflegerischen Leistungen der Familie. Aus der Entscheidung für Erziehung und Pflege dürfen dem erziehenden Elternteil keine Nachteile für die spätere soziale Sicherung entstehen. Eine eigenständige soziale Sicherung der Frau ist auch als flankierende Maßnahme zur Gewährung eines Erziehungsgeldes unerlässlich.

Verstärkte Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit.

Nachhaltige Verbesserung der Wohnmöglichkeiten für Familien mit Kindern.

⑤ Die Länder sind aufgerufen, in diesem Sinne auf den Bund einzuwirken. Solange der Bund aber weiterhin tatenlos bleibt, besteht ein erhöhtes Bedürfnis nach familienpolitischen Initiativen der Länder.

■ Im einzelnen sollten die Länder vorrangig folgende Projekte in Angriff nehmen:

- Fortführung von Modellversuchen „Erziehungsgeld“,
 - zinsbegünstigte Familiendarlehen und Familiengründungsdarlehen mit Tilgungszuschüssen bei Geburt von Kindern,
 - Wohnungsbauprogramme für junge und kinderreiche Familien und für Familien mit Behinderten,
 - Ausbau von Sozialstationen, die unter Berücksichtigung privater Initiativen neben Aufgaben der Alten- und Krankenpflege auch Aufgaben der Familienhilfe übernehmen,
 - verstärkte Förderung von Familienferien und Müttererholung,
 - Landesstiftungen zur Hilfe für Familien in Not und zum Schutz des ungeborenen Lebens,
 - Schaffung von Voraussetzungen zur gemeinsamen Unterbringung von Mutter und Kind in Krankenhäusern,
 - Ausbau der Ehe- und Familienberatung, der Erziehungsberatung und der Schwangerenberatung,
 - schrittweiser Abbau übermäßiger finanzieller Belastungen der Eltern im Kindergartenbereich.
- Beschlossen wurde ferner, in Bund und Ländern Initiativen zu ergreifen, um den Ursachen des Terrorismus entgegenzutreten.

■ KOALITION

„Lachen bei der SPD“ — eine notwendige Erinnerung

Bundesverteidigungsminister Apel hat nach dem für seine Partei vernichtenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Wehrpflichtnovelle auf die „notwendige Zusammenarbeit“ zwischen Regierungskoalition und Opposition bei der Lösung des Anerkennungsverfahrens von Wehrdienstverweigerern hingewiesen. Das ist ein bemerkenswerter Sinneswandel. Vor weniger als einem Jahr hatte auch Apel in namentlicher Abstimmung seine Zustimmung zu dem nun für verfassungswidrig erklärt Gesetz gegeben.

Zu dem Karlsruher Urteil hätte es aber gar nicht kommen müssen, wenn die SPD/FDP-Koalition sich schon vor einem Jahr zu einer Zusammenarbeit hätte durchringen können. Der Redner der Union bei der 2. und 3. Lesung der Wehrpflichtnovelle, MdB Würzbach, hatte damals u. a. ausgeführt: Wir rufen die Besonnenen in den beiden Fraktionen der SPD und der FDP noch einmal auf: Haben Sie den Mut, den Ideologen in Ihrer Partei entgegenzutreten, haben Sie den Mut, zu verdeutlichen, daß es wertvoll ist, für die Verteidigung unserer Demokratie einzutreten, daß es sich dafür lohnt! Bringen Sie die Kraft auf, dieses auch gegenüber Ihren Fraktionen hier im Parlament durchzusetzen, und seien Sie so stark, wenn Sie Hilfe brauchen, diese Hilfe auch von der Opposition anzunehmen, um diese Frage gemeinsam zu lösen!

Das Protokoll der 30. Sitzung des Bundestages vom 27. Mai 1977 verzeichnet an dieser Stelle „Lachen bei der SPD“.

Heute steht die Koalition vor den Scherben ihres überheblichen und verantwortungslosen Verhaltens. Die Regierung ist nun in der Pflicht, so schnell wie möglich ihre Vorstellungen über ein neues Anerkennungsverfahren vorzustellen.

Irreführung des Bürgers

Das Bundesarbeitsministerium hat jetzt einen 100seitigen, kostspielig aufgemachten und natürlich vom Steuerzahler bezahlten sogenannten „Leitfaden zum Entwurf eines 21. Rentenanpassungsgesetzes“ herausgegeben und will ihn in großer Auflage vertreiben. Die Herausgabe dieser Schrift zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine klare Mißachtung des Gesetzgebers, insbesondere der Parlamentarier im zuständigen Bundestagsausschuß sowie der Arbeit von Sachverständigen und Verbänden. Außerdem stellt dies eine zusätzliche Verunsicherung der Bürger dar. Denn dem Bürger wird suggeriert, daß der vorliegende Entwurf in der Fassung der SPD/FDP schon Gesetz sei. Der Bundesarbeitsminister und auch die SPD und FDP sind sich ihrer Sache offensichtlich so sicher, daß eine Änderung des Gesetzentwurfs durch die parlamentarischen Gremien für unmöglich gehalten wird. Dies scheint besonders schwerwiegend, da sowohl die CDU/CSU als auch die Mehrzahl der Verbände, wie die Sachverständigenanhörung in Bonn ergab, den wichtigsten Teilen des Gesetzes ablehnend gegenüberstehen.

Bahrs Tête-à-tête in Moskau

Zum Aufenthalt des SPD-Bundesgeschäftsführers Egon Bahr in Moskau erklärt der Vorsitzende des außen- und deutschlandpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Werner Marx:

Während der Außenminister sich im fernen Japan befindet, pflegt der engste Vertraute des SPD-Vorsitzenden Brandt ein Tête-à-tête mit der kommunistischen Führung der Sowjetunion. Wiederum wird dem deutschen Volk zugeschrieben, daß ein Mann, dessen geringe Befähigung zur Verhandlung für alle Zeit durch das sogenannte Bahr-Papier ausgewiesen wurde, das Auswärtige Amt überspielt und sich als Parteidirektor und Gegenaßenminister in Szene setzt. Auf diese Weise werden nicht nur die parlamentarischen Verantwortlichkeiten verwischt, sondern aufs neue der fatale Verdacht genährt, daß Brandt, Bahr und ihresgleichen die Stunde für günstig erachteten, um ihre gescheiterte Ostpolitik aufzufrischen. Der Bundeskanzler muß sich wirklich fragen lassen, ob er überhaupt noch die Zügel der deutschen Politik in Händen hält.

Antideutsche Gefühle durch Juso-Hetze

Zu einem Aufruf der Jungsozialisten für die Gründung einer sogenannten „Bürgerbewegung für den Erhalt der Grundrechte“ erklärte CDU-Sprecher Günther Henrich, der Öffentlichkeit werde mit der angeblichen Gefährdung der Grundrechte etwas vorgemacht, um endlich den ersehnten, aber nach wie vor ausbleibenden Zulauf für die von der Bevölkerung weithin abgelehnten eigenen politischen Ziele zu bekommen. Der Schaden, der mit dieser falschen Wiedergabe der tatsächlich in der Bundesrepublik herrschenden Verhältnisse im Ausland angerichtet werde, sei beträchtlich. „Die SPD darf dazu nicht länger schweigen. Willy Brandt und Egon Bahr sollten sich klar dazu äußern, was sie von der von den Jusos registrierten angeblichen Gefährdung

der Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland halten, andernfalls fallen sie durch die stillschweigende Duldung solcher törichten Äußerungen nicht zuletzt dem von ihrer Partei gestellten Bundeskanzler in den Rücken.“

CDU verklagt den Hamburger Senat

Die CDU in Hamburg will die Herausgabe einer Liste mit den Namen von Journalisten, die gegen Honorar für den Senat gearbeitet haben, erzwingen. Sie hat den Senat beim Hamburgischen Verfassungsgericht verklagt. Vor dem Untersuchungsausschuß zur Klärung der Einwirkungsmöglichkeiten des Senats auf die unabhängige Presse hatte die Landesregierung die Herausgabe der Liste mehrfach verweigert. Begründung: Die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen rangierten höher als das parlamentarische Recht auf Information. Die Mitteilung der Justizpressestelle über die Verfassungsklage der CDU löste im Hamburger Rathaus große Überraschung aus.

Bayerische SPD will mehr Eigenständigkeit

Der ostbayerische SPD-Bezirksvorsitzende und Landtagsabgeordnete Xaver Wolf forderte in dem SPD-Informationsblatt „Ostbayernzeitung“ von den weißblauen Genossen: „Mehr bayerische Eigenständigkeit tut not! Die bayerische SPD darf sich bei aller gebotenen Loyalität zur Bundesregierung nicht selber Fesseln anlegen, indem sie glaubt, jede für Bayern unpopuläre Maßnahme auch noch heftig verteidigen zu müssen.“ Wolf verweist auf die SPD in Schleswig-Holstein, die sich durch gelegentliches „Abkoppeln von der Bonner Regierungskunst“ mehr Spielraum verschafft habe.

■ CDU-FACHTAGUNG IN BONN

Nicht in Fatalismus gegenüber der Bürokratisierung verfallen

Rund 300 Wissenschaftler und Politiker diskutierten zwei Tage lang im Bonner Konrad-Adenauer-Haus über Möglichkeiten, die zunehmende Aufblähung staatlicher und privater Verwaltungsapparate zu bremsen und die Bürokratie für den Bürger durchschaubarer zu machen. Die CDU hat mit dieser Fachtagung — „Verwaltete Bürger — Gesellschaft in Fesseln“ — als erste Partei in der Bundesrepublik den Versuch unternommen, auf hoher Ebene Alternativen zu einer verbürokratisierten Gesellschaft zu erarbeiten (vgl. Dokumentation, UiD 14/78).

Generalsekretär Heiner Geißler stellte folgende Thesen auf: Das eigentliche Problem der Bürokratisierung ist nach meiner Überzeugung nicht die Existenz der Bürokratie, sondern ihre Praxis. Ich will es nicht mit der Kritik bewenden lassen, sondern nenne Prinzipien, die zu einer besseren Bürokratie führen.

1. Subsidiarität

Auf die Bürokratisierung angewandt, besagt das Subsidiaritätsprinzip: Wo es andere Organisationsformen und Verfahren gibt, die ebenso leistungsfähig sind, dort ist zuviel Bürokratie.

2. Kontrollmechanismen

In totalitären Systemen herrscht Mißtrauen gegen den Bürger. Sie verfahren

nach dem menschenverachtenden Rezept Lenins: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. In freiheitlichen Staaten muß gelten: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser.

Ich meine: Vertrauen in den Bürger ist der konkreteste Schritt zum Abbau der Bürokratie.

3. Dezentralisation

Wir können inzwischen auf etliche Jahre umfangreicher Bemühungen zurückblicken, die öffentliche Verwaltung zu rationalisieren, um der Explosion ihrer Kosten entgegenzuwirken. Heute spricht vieles dafür, daß dieses Ziel längst nicht im erwarteten Umfang erreicht wurde. Eine wichtige Ursache dafür ist, daß diese Rationalisierungen zu einseitig auf eine technisch-organisatorische Effizienzsteigerung ausgerichtet waren. Dies hat dazu geführt, daß die Grenzen optimaler Behördengrößen nicht immer eingehalten wurden. Mammuteinrichtungen können durch Dezentralisierung entflochten werden.

4. Soziale Kosten

Auf den Menschen muß sich alles Verwaltungshandeln beziehen. Verwaltungen dürfen nicht zu Systemen um ihrer selbst willen werden. Sie dürfen nicht einen isolierten Zweck verfolgen, sondern müssen die Nebenbedingungen beachten, müssen berücksichtigen, wie sich ihr Handeln auf den Menschen als

Ganzes auswirkt. Funktional rationale, menschlich aber irrationale Bürokraten müssen humanisiert werden. Die Humanisierung der Bürokratie ist uns mindestens ebenso wichtig wie die Humanisierung der Arbeitswelt.

5. Dienstethos

Vor allem ist es wichtig, wie Gesetze, Richtlinien und Verordnungen angewandt werden. Die Frage nach der Bürokratisierung ist immer zugleich die Frage nach dem Selbstverständnis des Staatsbediensteten. Ob das Verhältnis zwischen Staatsdiener und Bürger intakt ist, hängt weitgehend vom Mut und der Fähigkeit zur Menschenführung bei den Vorgesetzten ab. Führung ist die wirksamste Form von Kontrolle im öffentlichen Dienst.

6. Denken in Alternativen

Wir brauchen eine neue Form des Denkens. Humane Bürokratie ist möglich, wenn man sich von falschen Denkgewohnheiten befreit und wenn Maßstab und Ziel allen Verwaltungshandelns wieder in ihr Recht gesetzt werden: Nicht die bedingungslose Verneinung oder Bejahung, sondern ein Denken in differenzierten Zusammenhängen; nicht allein technokratische Effizienz, sondern Verwaltungshandeln im Dienste des Menschen.

Wir werden das Thema Bürokratisierung in die politischen Auseinandersetzungen einbringen. Wir haben den Mut und den Optimismus, daß wir dadurch etwas ändern können. Bei den Kosten im Gesundheitswesen mußten wir auch gegen das Vorurteil anrennen, es handle sich bei der Kostenexplosion um eine Gesetzmäßigkeit. Doch wir haben nicht nachgegeben und schließlich bewiesen, daß man etwas ändern kann, wenn man eine Sache mit Ausdauer verfolgt.

Gleich zu Beginn der Tagung wies Rainer Barzel darauf hin, daß die „Grenze des Wachstums“ für staatliche Eingriffe, Verwaltungsakte, Kontrolle und Bevormundung erreicht sei. Die Quantität staatlicher Normen und Betreuung droht in die Qualität der Beschränkung der Freiheit umzuschlagen.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bundestag erinnerte an die seit Jahren sinkende Zahl der Selbständigen. Viele kleine Handwerksmeister hätten keine Lust mehr, abends und am Wochenende Formulare auszufüllen. Sogar der Bundeskanzler habe mehrfach erwähnt, daß er manchmal das Gefühl habe, „undurchsichtigen Formularen“ ausgeliefert zu sein. Daher seien alle politischen Kräfte aufgerufen, der wuchernden Bürokratie entgegenzutreten. Eine Entscheidung von „Erhard-scher Dimension“ sei nötig, um die „Wanderdüne der Paragraphen und Übermacht der Ämter“ zu stoppen.

Zum Abschluß faßte Heiner Geißler zusammen: „Sicherlich gehört Mut dazu, nicht in den allgemeinen Fatalismus gegenüber der Bürokratisierung zu verfallen.“ Immer größere Bürokratisierung sei nur dann unabwendbar, wenn nichts dagegen unternommen werde. Geißler warf den Regierungsparteien Gleichgültigkeit in dieser Frage vor. Darin liege ein Hauptgrund für das Entstehen der „Grünen Liste“.

Er verwies auf Ermittlungen des Emnid-Instituts aus Anlaß der CDU-Tagung. Danach sehen 70 Prozent der Bevölkerung die Notwendigkeit, viele staatliche Bereiche durch Gesetze und Vorschriften zu regeln. Aber 60 Prozent beklagten sich auch über zu langsame Bearbeitung der Vorgänge. 45 Prozent beschwerten sich, daß bürokratische Entscheidungen nicht zu verstehen sind.

■ LANDESPARTEITAG BREMEN

Regierungswchsel ist keine Utopie

Geschlossener denn je präsentierten sich Bremens Christdemokraten auf ihrem Parteitag am 23. April im Kongreßsaal der Stadthalle. Landesvorsitzender Uwe Hollweg und der Fraktionsvorsitzende Bernd Neumann ließen in ihren Grundsatzreferaten keinen Zweifel daran: nach mehr als 30jähriger SPD-Herrschaft im kleinsten Bundesland rechnen sie sich gute Chancen aus, im Wahljahr 1979 die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Durch den zunehmenden Einfluß von Sozialisten und Marxisten in der Bremer SPD und auf die Politik des Senats gelte Bremen, wie Oppositionschef Bernd Neumann unter dem Beifall der 250 Delegierten erklärte, als „rote Enklave und Parteibuchoase der Bundesrepublik“. Abgesehen von der historisch bedingten Schönheit dieser Stadt, stelle die Hansestadt indes für viele Leute — insbesondere aus den wichtigen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen — keinen Anziehungs-, sondern vielmehr einen nicht mehr zu übersehenden Abschreckungsfaktor dar.

Die zahlenmäßig kleine FDP sei in einer Koalition mit dem für sie übermächtigen Partner SPD überhaupt nicht in der Lage, den für die Prosperität Bremens wichtigen Klima- und Imagewechsel herbeizuführen. Neumann mit einem Seitenhieb auf den FDP-Fraktionsvorsit-

zenden Horst Jürgen Lahmann: „Die FDP wäre mehr oder weniger Trittbrettfahrer und würde sich im übrigen auf einen Lokomotivführer verlassen müssen, der die Schaltthebel im wesentlichen anderen überläßt, weil er sich nicht im bremischen Regierungszug, sondern im TEE nach Bonn befindet.“ Gemeint war Bremens Bürgermeister Hans Koschnick, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD.

Wie Neumann setzte sich auch der Landesvorsitzende Uwe Hollweg mit der verfehlten Wirtschaftspolitik und hohen Arbeitslosigkeit (rund 17 000 Arbeitslose gleich mehr als 6 Prozent) auseinander. Die CDU strebe die Wende in Bremen an, um die Zukunft des Landes zu sichern und „die Pleitegeier über unserem Land“ zu vertreiben. Nach Hollweds Worten fehlen an der Weser bis 1985 rund 25 000 Arbeitsplätze.

Die Geschlossenheit der politischen Führung der Bremer CDU dokumentierten denn auch die Vorstandswahlen. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 220 Stimmen bei 249 abgegebenen wurde Uwe Hollweg erneut mit der Führung der Christdemokraten betraut. Sein Stellvertreter, der Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz, erhielt 227 Stimmen, während Schatzmeister Georg Abegg sogar auf 228 Delegiertenstimmen kam. Das beste Ergebnis allerdings erreichte Fraktionschef Neumann, der mit 236 Stimmen als einziger Vertreter Bremens in den CDU-Bundesausschuß gewählt wurde.

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

Aussiedlerbetreuung

CDU-Verbände kümmern sich um die Aussiedler. In Krefeld werden alle Aussiedlerfamilien besucht. Gesprächsthemen sind u. a.: Arbeits- und Wohnungsbeschaffung, Rechtsbeistand, Behördengänge, Familienzusammenführung. Es wird nicht nur gesprochen — auch praktische Hilfe wird geleistet.

CDU Krefeld

Luth.-Kirch-Str. 55, 4150 Krefeld 1

Versprochen — gehalten

Das ist der Titel eines Berichtes über drei Jahre CDU-Politik im Aachener Kreistag. Die Veröffentlichung wird an alle Haushalte im Kreis Aachen verteilt.

CDU Aachen-Land

Martinstraße 8, 5100 Aachen

„Burscheid aktuell“

Der kleine CDU-Ortsverband Burscheid (ca. 150 Mitglieder) gibt das monatlich erscheinende Informationsblatt „Burscheid aktuell“ heraus. Es soll die Berichterstattung der örtlichen Presse im Sinne der CDU ergänzen. Das Blatt bezeichnet sich als „Kommunalpolitischer Informationsdienst“.

CDU

Postfach 2 14, 5093 Burscheid 1

Neugründung Musikschule

Auf Anregung der CDU hat der Kreistag des Rhein-Hunsrück-Kreises die Einrichtung einer Kreismusikschule beschlossen. Die Initiative hat im Kreisgebiet große Resonanz gefunden. Eine

Pressedokumentation zeigt die Reaktion der Öffentlichkeit auf das wichtige kulturpolitische Vorhaben.

CDU Rhein-Hunsrück

Postfach 4 30

6540 Simmern

Neubürgerbrief

Gezielte Informationen für Neubürger gibt die CDU Wathlingen. Zum Begrüßungsschreiben wird ein Ortsplan, eine historische Übersicht, eine Vereinsliste, ein Nahverkehrsplan und Informationen über Ärzte, Apotheken, Banken, Ämter usw. überreicht.

CDU Wathlingen

Richard-Wagner-Straße 2

3101 Wathlingen

Bürgernahe Politik

Der Ortsverband Merten betreibt mit Erfolg eine bürgernahe Politik. Neben Sommerball und Kinderfest wird ein politischer Frühschoppen mit einem bekannten Bundestagsabgeordneten durchgeführt. Alle 14 Tage findet der politische Dämmerschoppen für jeden statt.

Fazit: Steigerung der Mitgliederzahlen von 47 auf 192.

CDU Merten

Kapellenstraße 38

5303 Bornheim-Merten

CDU auf dem „Dom“

1 700 ältere Mitbürger waren Gäste der Hamburger CDU auf dem traditionellen

Frühjahrs-Dom. 32 Autobusse hatten die Senioren aus allen Teilen der Hansestadt zu einem großen Festzelt gefahren, wo ein stimmungsvolles Zwei-Stunden-Nonstop-Programm ablief. Die drei ältesten Teilnehmer erhielten Präsentkörbe.

CDU Hamburg
Leinpfad 74, 2000 Hamburg 60

Schulungsarbeit in Düsseldorf

Ein neues Seminarprogramm soll bei Mitgliedern Interesse für aktive Parteiarbeit und Gestaltung neuer Aktionen wecken. Titel: „Methodik der Planung und Organisation von CDU-Aktivitäten“. Tips und Hinweise über mögliche Aktivitäten werden im Rahmen einer „Ideen-Börse — für CDU-Aktivitäten in Düsseldorf“ gesammelt.

Auch Interessenten, die noch keine Mitglieder sind, können an den Veranstaltungen bzw. Aktionen teilnehmen.

CDU-Kreisverband Düsseldorf
Grabenstraße 8
4000 Düsseldorf 1

Europa-Seminar für Frauen

Ein siebenteiliges Europa-Seminar, eine Veranstaltung der Frauenvereinigung Bochum, ist kürzlich angelaufen. Bestandteil des Seminars war eine Studienreise nach Luxemburg, wo der Besuch bei den Europa-Gremien im Mittelpunkt des Programms stand.

CDU-Kreisverband Bochum
Bergstraße 52
4630 Bochum

CDU-Senior

Das CDU-Mitglied Adolf Engelfried aus Tübingen feierte kürzlich seinen 103. Geburtstag. Er ist seit 1946 CDU-Mitglied.

Kreis- und Ortsvorsitzender überreichten Ehrenurkunden und Ehrennadel. Herr Engelfried ist das älteste Mitglied der CDU.

Die UiD-Redaktion schließt sich den Gratulanten an.

CDU Tübingen
Wilhelmstraße 16
7400 Tübingen

Senden Sie bitte Ihre Beiträge zu dieser Rubrik unter der Bezeichnung „Ideen — Taten — Aktionen“ an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Wählt gute Jugendvertreter

Die Wahlen zur Jugendvertretung finden nach dem BetrVG §§ 60—73 vom 1. Mai bis 30. Juni 1978 sowie nach dem BPersVG §§ 57—64 vom 1. März bis 31. Mai 1978 statt.

Unter dem Titel „Wählt gute Jugendvertreter“ wurde von den Sozialausschüssen ein Leitfaden für diese Wahl aufgelegt. Er behandelt u. a. Voraussetzungen für die Jugendvertretung — Auszüge aus dem BetrVG vom 15. Januar 1972 — div. Vordrucke sowie Mustervorlagen — Vorlage Geschäftsordnung — Erläuterungsbeispiele — Zeittafel — Anschriften der Landes- und Bezirkssozialsekretär als Kontakter und Hilfeleistende bei der Wahl der Jugendvertretung.

Einzelbestellungen (bis zu 5 Exemplaren) bitte richten an: Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Adam-Stegerwald-Haus, Hauptstraße 487, 5330 Königswinter 1.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELENDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Kein politisches Urteil

Ernst Benda, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, weist die Kritik an der Urteilsfindung zur Wehrpflichtnovelle zurück und schreibt im „Rheinischen Merkur“ u. a.:

Vom Bundesverfassungsgericht wird zuweilen gesagt, es stehe wie kein anderes Verfassungsorgan in einem besonderen Spannungsverhältnis von Recht und Politik. Richtig ist, daß es auf unterschiedliche Weise mit dem politischen Bereich in Berührung kommt. Das folgt einmal aus dem Prüfungsgegenstand. Wo das Gericht entsprechend seinem Verfassungsauftrag einen Streit zwischen Verfassungsorganen schlichtet, muß es notwendig in der Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Kräfte Stellung beziehen. Aber auch in allen anderen Verfahren geht es stets um die verfassungsrechtliche Nachprüfung staatlicher Hoheitsakte.

Ein Bezug zum Politischen ergibt sich auch aus dem Prüfungsmaßstab: der Verfassung selbst. Wenn das Gericht auf Antrag einer Landesregierung, eines Drittels der Mitglieder des Deutschen Bundestages oder auch eines einzelnen Bürgers die Vereinbarkeit eines Bundesgesetzes mit der Verfassung prüft, so kommt es nur seinem Auftrag nach, alle staatliche Gewalt an dem im Grundgesetz verankerten, gemeinsamen Grundkonsens zu messen. Zuweilen ist es nicht leicht, die häufig weitgefächten, zum Teil aus politischen Kompromissen entstandenen, wertorientierten Grundnormen der Verfassung mit dem zu Gebote stehenden juristischen Handwerkszeug auszulegen.

Wichtig ist, daß das Bundesverfassungsgericht nicht über die politische Zweckmäßigkeit, sondern nur über die Verfassungsmäßigkeit einer hoheitlichen Maßnahme urteilen darf. Das bedeutet, daß das oben angedeutete Spannungsverhältnis niemals durch eine politische Entscheidung, sondern nur in Anwendung verfassungsrechtlicher Auslegungsmethoden aufzulösen ist.

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelenderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD